

Flensburg, 30. September 2020

## Stellungnahme der FUEN zur mündlichen Anhörung des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags zum Bericht zur Sprachencharta 2019, Drucksache 19/1683

Die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) dankt den Mitgliedern des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags dafür, dass sie auch die Ansicht der FUEN zum Bericht zur Sprachencharta 2019 der Landesregierung erbeten haben. Als Dachorganisation der autochthonen, nationalen Minderheiten und Sprachgemeinschaften mit über 100 Mitgliedsorganisationen in 35 europäischen Staaten ist uns die Umsetzung der *Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen* sowie auch des *Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten* in allen Unterzeichnerstaaten ein wichtiges Anliegen.

Mit dem *Friisk Foriining*, dem *Sydslesvigsk Forening* und dem *Zentralrat Deutscher Sinti und Roma*, in dem auch der Landesverband Deutscher Sinti und Roma in Schleswig-Holstein Mitglied ist, sind die drei im Land ansässigen Minderheiten als Mitglieder in der FUEN repräsentiert. Besonders hervorzuheben ist aus unserer Sicht der in der Landesverfassung von Schleswig-Holstein verankerte Anspruch auf Förderung und Schutz für die drei nationalen Minderheiten im Land.

Als Dachverband, stellen wir mit Freude fest, dass die Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein in den Stellungnahmen der Verbände und Einrichtungen aller vier Minderheiten bzw. Sprachgemeinschaften zum Bericht überwiegend als sehr positiv und konstruktiv bewertet wurde. Darüber hinaus zeigt der 6. Bericht des Europarates, dass der Grad an erfüllten Verpflichtungen und durchzuführenden Maßnahmen der Sprachencharta in Schleswig-Holstein im europäischen Vergleich sehr hoch ist.

Als besonderen Meilenstein betrachtet die FUEN den 2015 eingeführten "Handlungsplan Sprachenpolitik", der perspektivische Ziele formuliert und Schritte zu deren Umsetzung skizziert, mit dem Ziel, ein „geschlossenes Bildungssystem“ in den Regional- oder Minderheitensprachen von der Kindertagesstätte bis zur Universität zu etablieren.

Hervorzuheben sind auch zwei Maßnahmen zur Unterstützung von Kindern der Gemeinschaft der Roma und Sinti. Sowohl das MediatorInnen-Modell als auch die BildungsberaterInnen für Sinti in Kiel stellen als inklusive sowie integrative Beispiele im Bereich der Bildung ein Vorzeigemodell für andere Regionen Europas dar. Die FUEN stellt diese erfolgreichen Modelle in anderen Minderheitenregionen vor und hat das Ziel, diese und andere Modelle aus Schleswig-Holstein auch anderen Minderheiten in Europa zu vermitteln und einen Dialog aufzubauen, wie es im Westbalkan-Projekt der FUEN bereits geschehen ist.

Als weiteres positives Ergebnis ist die Friisk Stifting / Friesenstiftung hervorzuheben, auch wenn diese gerade erst ihre Arbeit aufgenommen hat. Es freut uns sehr, dass es gelungen ist, mit der Stiftung eine Lösung zu finden, die den Friesen eine kontinuierliche Finanzierung ihrer Arbeit sichert.

Trotz der insgesamt sehr vorbildlichen Minderheitenpolitik und Umsetzung der Sprachencharta zeigen die Empfehlungen des Sachverständigenausschusses des Europarats zur Umsetzung der Sprachencharta noch zu lösende Probleme in den Bereichen Bildung / Lehrerausbildung und Medienpräsenz auf. Die diesbezüglichen Empfehlungen des Sachverständigenausschusses zielen darauf ab, "sicherzustellen,

dass eine ausreichende Zahl von angemessen ausgebildeten Lehrkräften für Regional- oder Minderheitensprachen zur Verfügung steht“.

Gut ausgebildete Lehrkräfte für die Minderheitensprachen im Land, insbesondere für die bedrohten Sprachen Friesisch und Niederdeutsch, sind aus unserer Sicht ein wichtiges Element zum Erhalt der Sprachen, weshalb die Empfehlungen des Europarates mit großer Umsicht aufgenommen werden sollten.

Darüber hinaus wurde die mangelnde Präsenz von Regional- und Minderheitensprachen in den Medien sowohl in den Empfehlungen des Europarates als auch in den Stellungnahmen der einzelnen Einrichtungen der Minderheiten erwähnt. Demnach sollten Maßnahmen ergriffen werden, um die Anzahl der Sendungen, Berichte usw. in den Minderheitensprachen in sämtlichen Medienformen zu erhöhen. In dieser Hinsicht stimmen wir mit den Forderungen der Minderheiten in ihren Stellungnahmen zum Bericht der Landesregierung vollkommen überein.

Eine Lösung bietet die fortschreitende Digitalisierung und Verlagerung der Kommunikation in die sozialen Medien. Die Etablierung von Minderheitensprachen in diesen Medienformaten sehen wir als Chance für eine erhöhte Sichtbarkeit und Präsenz von Minderheitensprachen. Dies sollte durch kreative SoMe-Projekte gezielt gefördert werden.

Die FUEN fordert mit der Minority SafePack Initiative (MSPI) auch den grenzüberschreitenden Zugang zu audiovisuellen Medieninhalten in Kabel- und Satellitenfunk, einschließlich dazugehöriger Internetplattformen (Mediatheken). Durch die Aufhebung der sogenannten Geo-Blockierung würden viele Minderheitenangehörige in Zukunft in allen Regionen der EU Zugang zu mehr Programmen in ihrer eigenen Sprache haben.

Zweckdienliche Maßnahmen durch das Land, welche zur Erhöhung der medialen Präsenz der Regional- und Minderheitensprachen beitragen, insbesondere für das Nordfriesische als auch für das Niederdeutsche, wären von besonderer Bedeutung, um den Spracherhalt sicherzustellen sowie die Präsenz der Minderheitensprache in der Öffentlichkeit zu forcieren.

Die FUEN ist zuversichtlich, dass es durch die gute Zusammenarbeit zwischen den Minderheiten bzw. Sprachgemeinschaften und dem Land Schleswig-Holstein möglich sein wird, diese offenen Fragen zu klären und Verbesserungen zu erreichen.